

Datenschutzhinweise im Arbeitgeberverband der Unternehmen im Weserbergland (AdU) e.V.

1 Datenschutzhinweise

Mit diesem Dokument kommen wir als Ihr Arbeitgeberverband unseren gesetzlichen Pflichten nach und informieren Sie als unser Mitgliedsunternehmen darüber, welche personenbezogene Daten wir von Ihnen erhoben und gespeichert haben und welche personenbezogenen Daten wir zu welchem Zweck nutzen.

Ebenfalls in diesem Dokument klären wir Sie über Ihre Datenschutz-Rechte gegenüber uns, Ihrem Arbeitgeberverband, auf.

Inhaltsverzeichnis

1	Datenschutzhinweise	1
2	Allgemeine Datenschutzhinweise Art. 13, 14 DSGVO	2
2.1	Verantwortliche/r im Sinne des Datenschutzrechts	2
2.2	Kontakt zum Datenschutzbeauftragten:.....	2
2.3	Verarbeitung Ihrer Daten.....	2
2.4	Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung	2
2.5	Geltendmachung Ihrer Rechte	2
2.6	Ihre Rechte als Betroffener	2
2.6.1	Auskunft, Berichtigung und Löschung	2
2.6.2	Recht auf Einschränkung der Verarbeitung.....	2
2.6.3	Widerspruchsrecht gegen die Datenerhebung in besonderen Fällen sowie gegen Direktwerbung	3
2.6.4	Recht auf Datenübertragbarkeit.....	3
2.6.5	Widerruf Ihrer Einwilligung zur Datenverarbeitung	3
2.6.6	Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde	3
2.7	Freiwilligkeit der Datenübermittlung.....	3
3	Verarbeitung: Vorlage für die Verarbeitung	4

Datenschutzhinweise im Arbeitgeberverband der Unternehmen im Weserbergland (AdU) e.V.

Transparenzpflichten Art. 13 und 14 DSGVO

2 Allgemeine Datenschutzhinweise Art. 13, 14 DSGVO

Mit diesen Datenschutzhinweisen informieren wir Sie über die Datenverarbeitung in unserer Organisation.

Diese Hinweise entsprechen dem Rechtsstand vom 25. Mai 2018. Wir behalten uns vor, unsere Datenschutzhinweise an Änderungen in Vorschriften oder der Rechtsprechung anzupassen.

2.1 Verantwortliche/r im Sinne des Datenschutzrechts

Firmenname: Arbeitgeberverband im Weserbergland (AdU) e.V.
Anschrift: Mühlenstr. 8, 31785 Hameln
E-Mail-Adresse: info@adu.de
Telefonnummer: 05151/21088

2.2 Kontakt zum Datenschutzbeauftragten:

Den externen Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen erreichen Sie unter
scope & focus Service-Gesellschaft mbH
Leonhardtstr. 2 in 30175 Hannover
Telefon: 0511 / 364 221-0
datenschutz@scope-and-focus.com

2.3 Verarbeitung Ihrer Daten

Sie können der nachfolgenden Tabellen die dafür notwendigen Rechtsgrundlagen und Zwecke hinsichtlich der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten entnehmen.

Auch informieren wir Sie über die Dauer der Speicherung. Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den einzelnen Verarbeitungen von personenbezogenen Daten. Wir geben Ihnen auch Auskunft darüber, wann wir welche Daten löschen.

2.4 Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung

- Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe a DSGVO, soweit Sie uns Ihre Einwilligung zur Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke gegeben haben.
- Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe b DSGVO zur Erfüllung eines Vertrages,
- Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe c DSGVO zur Erfüllung der gesetzlichen Pflichten, denen wir als Unternehmen unterliegen,
- Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe f DSGVO, soweit die Datenverarbeitung zur Wahrung von berechtigten Interessen von uns oder eines Dritten erforderlich ist. Wann und warum das berechnigte Interesse im Einzelfall aus unserer Sicht vorliegt erläutern wir Ihnen explizit in der obigen Tabelle.

Dieses können u.a. die folgenden Punkte sein.

- bessere Kundenbetreuung
 - Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs, z. B. Übertragungsprotokolle
 - bei Lieferanten: Konsultation von Auskunfteien (zur Ermittlung von Bonitäts- bzw. Ausfallrisiken),
 - Prüfung und Optimierung von Verfahren zur Bedarfsanalyse und direkter Kundenansprache
 - Werbung oder Markt- und Meinungsforschung, soweit Sie der Nutzung Ihrer Daten für diese Zwecke nicht widersprochen haben,
 - Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten,
 - Maßnahmen zur Geschäftssteuerung und Weiterentwicklung von Dienstleistungen und Produkten.
- § 26 BDSG-2018, Personenbezogene Daten von Beschäftigten dürfen für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses verarbeitet werden, wenn dies für die Entscheidung über die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses oder nach Begründung des Beschäftigungsverhältnisses für dessen Durchführung oder Beendigung oder zur Ausübung oder Erfüllung der sich aus einem Gesetz oder einem Tarifvertrag, einer Betriebs- oder Dienstvereinbarung (Kollektivvereinbarung) ergebenden Rechte und Pflichten der Interessenvertretung der Beschäftigten erforderlich ist.

2.5 Geltendmachung Ihrer Rechte

Falls wir Daten zu Ihrer Person gespeichert haben, können Sie auf Antrag Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten erhalten. Bitte informieren Sie uns, wenn wir unrichtige Daten über Sie gespeichert haben oder wenn Sie mit Teilen der Datenspeicherung nicht einverstanden sind, damit wir diese berichtigen, löschen oder deren Verarbeitung einschränken können. Daten zu Ihrer Person, die Sie uns gegeben haben, erhalten Sie auf Antrag in einem übertragbaren Format.

Bitte wenden Sie sich zur Ausübung eines Betroffenenrechts an die oben angegebene verantwortliche Stelle oder unseren Datenschutzbeauftragten, mit der Angabe, welche Betroffenenrechte Sie ausüben möchten.

2.6 Ihre Rechte als Betroffener

2.6.1 Auskunft, Berichtigung und Löschung

Sie haben im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen jederzeit das Recht auf unentgeltliche Auskunft über Ihre gespeicherten personenbezogenen Daten, deren Herkunft und Empfänger und den Zweck der Datenverarbeitung und ggf. ein Recht auf Berichtigung oder Löschung dieser Daten. Hierzu sowie zu weiteren Fragen zum Thema personenbezogene Daten können Sie sich jederzeit unter der im Impressum angegebenen Adresse an uns wenden.

2.6.2 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Sie haben das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen. Hierzu können Sie sich jederzeit unter der im Impressum angegebenen Adresse an uns wenden. Das Recht auf

Datenschutzhinweise im Arbeitgeberverband der Unternehmen im Weserbergland (AdU) e.V.

Transparenzpflichten Art. 13 und 14 DSGVO

Einschränkung der Verarbeitung besteht in folgenden Fällen:

- Wenn Sie die Richtigkeit Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten bestreiten, benötigen wir in der Regel Zeit, um dies zu überprüfen. Für die Dauer der Prüfung haben Sie das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen.
- Wenn die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten unrechtmäßig geschah / geschieht, können Sie statt der Löschung die Einschränkung der Datenverarbeitung verlangen.
- Wenn wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr benötigen, Sie sie jedoch zur Ausübung, Verteidigung oder Geltendmachung von Rechtsansprüchen benötigen, haben Sie das Recht, statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen.
- Wenn Sie einen Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben, muss eine Abwägung zwischen Ihren und unseren Interessen vorgenommen werden. Solange noch nicht feststeht, wessen Interessen überwiegen, haben Sie das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen.

Wenn Sie die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten eingeschränkt haben, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Europäischen Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

2.6.3 Widerspruchsrecht gegen die Datenerhebung in besonderen Fällen sowie gegen Direktwerbung

Wenn die Datenverarbeitung auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DSGVO erfolgt, haben Sie jederzeit das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling. Die jeweilige Rechtsgrundlage, auf denen eine Verarbeitung beruht, entnehmen Sie dieser Datenschutzerklärung. Wenn Sie Widerspruch einlegen, werden wir Ihre betroffenen personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO).

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, um Direktwerbung zu betreiben, so haben Sie das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen; dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht. Wenn Sie widersprechen, werden Ihre personenbezogenen Daten anschließend nicht mehr zum Zwecke der Direktwerbung verwendet (Widerspruch nach Art. 21 Abs. 2 DSGVO).

2.6.4 Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht, Daten, die wir auf Grundlage Ihrer Einwilligung oder in Erfüllung eines Vertrags automatisiert

verarbeiten, an sich oder an einen Dritten in einem gängigen, maschinenlesbaren Format aushändigen zu lassen. Sofern Sie die direkte Übertragung der Daten an einen anderen Verantwortlichen verlangen, erfolgt dies nur, soweit es technisch machbar ist.

2.6.5 Widerruf Ihrer Einwilligung zur Datenverarbeitung

Viele Datenverarbeitungsvorgänge sind nur mit Ihrer ausdrücklichen Einwilligung möglich. Sie können eine bereits erteilte Einwilligung jederzeit widerrufen. Dazu reicht eine formlose Mitteilung per E-Mail an uns. Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung bleibt vom Widerruf unberührt.

2.6.6 Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Im Falle von Verstößen gegen die DSGVO steht den Betroffenen ein Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres gewöhnlichen Aufenthalts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes zu. Das Beschwerderecht besteht unbeschadet anderweitiger verwaltungsrechtlicher oder gerichtlicher Rechtsbehelfe. Sie können die zuständige Aufsichtsbehörde unter dieser Internetseite einsehen:

https://www.bfdi.bund.de/DE/Infotehk/Anschriften_Links/anschriften_links-node.html.

Sie können Ihre Beschwerde jedoch bei einer beliebigen Behörde einreichen. Dieses gilt unabhängig eventueller Zuständigkeitsregeln.

2.7 Freiwilligkeit der Datenübermittlung

Im Rahmen der Geschäftsbeziehung müssen nur diejenigen personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Begründung, Durchführung und Beendigung einer Geschäftsbeziehung erforderlich sind oder zu deren Erhebung man gesetzlich verpflichtet ist. Ohne diese Daten wird in der Regel der Abschluss des Vertrages oder die Ausführung des Auftrages abgelehnt werden müssen oder ein bestehender Vertrag kann nicht mehr durchgeführt und muss ggf. beenden werden.

**Datenschutzhinweise
Transparenzpflichten Art. 13 und 14 DSGVO**

3 Verarbeitung: Mitgliederverwaltung

Diese Transparenzangaben gelten nur im Zusammenhang mit den allgemeinen Datenschutzhinweisen

Name der Verarbeitung	Mitgliederverwaltung
Zweck der Verarbeitung	Aufnahme in den Arbeitgeberverband der Unternehmen (AdU) e.V.
Rechtsgrundlage	§ 32 BGB in Verbindung mit dem Vereinsrecht
Berechtigtes Interesse	ja
Betroffener	Mitgliedsunternehmen, GeschäftsführerInnen und MitarbeiterInnen
Personenbezogene Datenkategorien	Postalische Anschrift des Mitgliedsunternehmens, dienstliche e-mail-Adresse, Telefonkontaktdaten der GeschäftsführerInnen und MitarbeiterInnen
Besondere Kategorie	nein
Empfänger	
Interne Empfänger	Dieter Mefus (GF), Janina Maler (Ass. GF), Heike Büttner (Ass. GF)
Externe Empfänger (Übermittlung)	
Externe Empfänger (Auftragsverarbeiter)	
Übermittlung in Drittstaaten	nein
Speicherdauer / Löschfristen	<p>Papierakte: nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist Daten in EDV: nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist Rechtsgrundlage : § 147 AO Steuerlich relevante Unterlagen: 10 Jahre Dokumente ohne steuerliche Bedeutung: 6 Jahre Beginn der Aufbewahrungsfrist § 147 AO, Abs. 4: <i>(4) Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit dem Schluss des Kalenderjahrs, in dem die letzte Eintragung in das Buch gemacht, das Inventar, die Eröffnungsbilanz, der Jahresabschluss oder der Lagebericht aufgestellt, der Handels- oder Geschäftsbrief empfangen oder abgesandt worden oder der Buchungsbeleg entstanden ist, ferner die Aufzeichnung vorgenommen worden ist oder die sonstigen Unterlagen entstanden sind.</i></p>
Automatisierte Entscheidungsfindung	nein
Andere Datenquelle	nein